

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Zur Zeit: 25. 12. 1925.
Preis für Abnehmer: 200.01.

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. Dezember 1925 des tägl. zweimaligen Auslasses 1.50 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet, die einseitige 10 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 10 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offerteneinreichung 10 Pfg. Zusätzl. Gebühren gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptverwaltungsstelle:
Marie-Anne 38-42
Druck u. Verlag von Leopold & Neicherdt in Dresden.
Postfach-Rositz 1068 Dresden.

Druck nur mit beifolgender Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Nachmittag-Tea mit Konzert.
Mittag- und Abend-Tafel im
Terrassen-Saal an der Elbe.
Bekannte vornehme Tafelmusik.
Festsäle mit Konferenzzimmer.

Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Berstärkte Besatzungslasten in der Pfalz.

Bevorstehende Verhandlungen Hindenburgs mit den Parteiführern über die neue Regierung.
Der Zusammenbruch der polnischen Wirtschaft. — Gegenjähre auf dem demokratischen Parteitag. — Josef Sarriman gestorben.

Neue französische Truppen nach der Pfalz.

München, 4. Dez. Wie wir erfahren, hat die Besatzungsbehörde von der Stadtverwaltung Neustadt an der Gardi die Vereinstellung von 10 Unteroffizierswohnungen bis zum 10. Dezember verlangt. Wie verlautet, sollen nach Neustadt 1½ oder 2 Bataillone Infanterie verlegt werden. Auch nach Zweibrücken sollen neue französische Truppen kommen. (W.T.N.)

In Trier a. N. ist die Zahl der Beschlagnahmen bei gleichzeitiger Truppenstärke von 1000 Wohnungen und 1255 Zimmern am 1. Dezember 1925 auf 853 Wohnungen und 4001 Zimmern am 15. November 1925 gestiegen.

Der Rundfunk im besetzten Gebiet.

Mün. 4. Dez. Wolffs Besondere Provinzialabteilung meldet: Im französisch besetzten Gebiete herrscht wegen des Rundfunks große Unklarheit und Unsicherheit. So ist a. N. in Mainz—Siegburg und Bonn—Euskirchen der Kauf und Verkauf von Empfangsgeräten noch verboten. In Koblenz ist er zwar zugelassen, aber nur mit Genehmigung des kommandierenden Generals. Nach Auskunft maßgebender Stellen steht das französische Oberkommando auf dem Standpunkte, daß der Kauf und Verkauf von Funkapparaten durch Ordnung 308 nicht ohne weiteres freigegeben ist. Das Oberkommando will in den nächsten Tagen ein Reglement herausgeben, das den Rundfunkbetrieb regeln und Bestimmungen über den Kauf und Verkauf von Rundfunkgeräten enthalten soll.

Die Entfestigung Kölns beendet.

Mün. 4. Dez. Die im Friedensvertrag von Versailles vorbeschriebene Entfestigung Kölns hat nunmehr vollständig ihren Abschluß gefunden. Es sind alle Forts

zerstört worden bis auf einige wenige auf der rechten Rheinseite, über deren Schicksal noch nicht entschieden ist. Diese Werke sind auf Anweisung der Besatzungsbehörde stehen gelassen, wahrscheinlich als stützende Sicherung. Bei der Fortführung der modernen Werke sind bis jetzt etwa 80000 Kubikmeter Bauwerk gesprengt und zerstört worden. (Z.N.)

Ermunterung zum Völkerbundseintritt.

Paris, 4. Dez. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Genf weist darauf hin, daß man, da die Anmeldung Deutschlands zum Völkerbunde nicht während der Tagung des Völkerbundes, die am 7. d. M. beginnen zu erwarten sei, feststellen dürfte, daß die deutsche Regierung jederzeit ihr Aufnahmegesuch an das Generalsekretariat richten könne. Wenn das Gesuch zu einem Zeitpunkt eingeleitet werde, welcher der übernächsten Tagung des Völkerbundes im Monate März, die in Madrid stattfinden soll, nahekommen würde, so würde die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes Ende März oder Anfang April zusammentreten, um über das deutsche Aufnahmegesuch zu entscheiden. Eine der Folgen dieses Verfahrens wäre, daß der Völkerrat zu gleicher Zeit mit der außerordentlichen Vollversammlung ebenfalls in Genf zusammentreten würde.

Der vorbereitende Abrüstungsausschuß.

Paris, 4. Dez. Zu dem vom Völkerrat für die Herabsetzung der Rüstungen getroffenen Beschlüsse, einen sogenannten vorbereitenden Ausschuss für die Abrüstungskonferenz zu bilden, glaubt der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Genf mitteilen zu können, daß man folgende Staaten einen Sitz in diesem Ausschusse anbieten werde: Deutschland, Rußland, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Polen, Jugoslawien, Rumänien, Finnland und Holland.

Frankreichs Stellung zur deutschen Luftfahrt.

Keine Gleichstellung Deutschlands.

Paris, 4. Dezember. In diplomatischen Kreisen spricht man davon, daß man französischerseits bemüht sein werde, einen Luftschiffabstimmungsvertrag mit Deutschland zum Abschluß zu bringen. Das nächstliegende wäre, Deutschland zum Anschluß an die internationale Luftschiffabstimmungsvervention anzufordern. Dazu jedoch kann man sich in Paris nicht entschließen. Man will sich vielmehr auf Sonderabmachungen nach dem Muster Englands beschränken und reist an, daß eine deutsche Delegation deshalb mit der Vorkonferenz in London teilnimmt.

Als Grundlage betrachtet man die Einwilligung Frankreichs, daß deutsche Flugzeuge das besetzte (!) Gebiet überfliegen, während französische Flugzeuge das Recht erhalten, deutsches unbesetztes Gebiet zu überfliegen.

Diese Nebeneinanderstellung ist charakteristisch für die französische Geistesverfassung. Man behandelt das besetzte Gebiet einfach als französisches Territorium, spricht überhaupt nicht vom eigentlichen Frankreich und wird vermutlich noch sehr erheitert sein, wenn Deutschland auf dieses großmütige Anerkennen nicht eingeht, zumal von einer Freigabe des deutschen Flugzeugbaues absehend gar nicht die Rede sein soll.

Zusammenschluß in der deutschen Luftfahrt.

Berlin, 4. Dez. Der Zusammenschluß der beiden großen deutschen Luftverkehrsvereine Aero Lloyd und Junfermanns ist nun Tatsache geworden, nachdem die letzten Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium mit den Vertretern der Länder zu einer Einigung geführt haben. Auch über die Form des Zusammenschlusses der beiden großen Luftverkehrskonzerne zu einer privatwirtschaftlichen Gesellschaft wurde völlige Einvernehmen erzielt. Es ist beschlossen worden und es wird auch schon danach gehandelt, daß alles, was den subventionierten Luftverkehr betrifft, vom 1. Januar ab in einer Hand liegt. Die Einigung selbst ist sehr harmonisch verlaufen und die Bedenken, die noch hier und da über den Zusammenschluß der beiden großen deutschen Luftverkehrsgesellschaften bestanden, haben sich im besten Einverständnis aller Parteien gelöst.

Das Resultat der Sitzung muß also als überaus erfreulich bezeichnet werden. Vor allen Dingen ist auch die Tatsache, daß in Sachsen und Bayern noch ein Widerstand gegen den Zusammenschluß bestanden, vollständig beseitigt worden. Das Einverständnis über den Zusammenschluß ist abgeschlossen, und soweit die politischen Leiter der Länder in Frage kommen, hat man die vorgeschlagenen Trauen für eine einseitige

Führung des deutschen Luftverkehrs abgesehen. Die neue Einheitsgesellschaft kann in Zukunft durch den Zusammenhalt auch viel eher der Konkurrenz des Auslandes begegnen, als es bisher der Fall war. Bei den Verhandlungen selbst wurde übrigens noch der Wunsch geäußert, daß sich auch das Reich an der neuen Einheitsgesellschaft beteiligen möchte. Ob das Reich dies tun wird, steht noch nicht fest.

Der größte Teil des Personals der beiden Gesellschaften wird auch in die neue Einheitsgesellschaft einbezogen und wird aus einer Tasche bezahlt werden. Da der Luftverkehr an und für sich eine Saisonfrage ist und das Personal für den Winterbetrieb bei der einen Gesellschaft bereits im Oktober, bei der anderen etwas später einberufen wurde, werden nicht mehr viele Kräfte entlassen zu werden brauchen.

Französische Vermittelung zwischen England und Rußland.

Berlin, 4. Dez. Die „Vossische Zeitung“ meldet, daß England sich in London nach eingehender Rücksprache mit Chamberlain bereit erklärt haben, nach vorübergehendem Einverständnis Tschitscherins als vorübergehender Vermittler zwischen England und Rußland aufzutreten. Unter der Voraussetzung eines günstigen Verlaufes dieser Verhandlungen ist eine Zusammenkunft Chamberlains mit Tschitscherin für die Woche zwischen Weihnachten und Neujahr in Genf vorgesehn.

Warschau, 4. Dez. Nach Blättermeldungen wird Graf Strassburg in Paris mit Tschitscherin zusammentreffen, um über die Wiederaufnahme der russisch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen zu beraten. Ferner verlautet, daß Tschitscherin nach Warschau seiner Kur in Südfrankreich über London nach Warschau reisen werde, um an der ersten Sitzung der Wirtschaftsbeziehungen teilzunehmen.

Paris, 4. Dez. Der tschechische Außenminister Benesch ist heute vormittag, aus London kommend, in Paris eingetroffen. Er wird am Sonntag nach Genf weiterreisen, wth.

Russische Einreiseverbote für einzelne Berufe.

Moskau, 4. Dez. Wie der Asien-Osteuropadienst aus Moskau meldet, hat der Rat für Verteidigung beschlossen, die Einwanderung von ausländischen Ingenieuren und Ärzten nach Rußland ab 1. Januar 1926 zu verbieten, da kein Bedarf an diesen Fachmännern sowie auch keine Arbeitsmöglichkeit für diese Berufe bestehen. In seltenen Fällen hat jedoch Ausnahmen erlaubt. Das Landwirtschaftliche Kommissariat beabsichtigt auch die Einwanderung von Landwirten auf einige Zeit einzustellen.

Der Umschwung in Spanien.

Zweifellos ist es nicht angebracht, allzu weitgehende Parallelen zu ziehen zwischen der Entwicklung in Italien seit dem Staatsstreich Mussolinis im Oktober 1922 und den Ereignissen in Spanien nach dem etwa ein Jahr später erfolgten Pronunciamento des Generals Primo de Rivera. Dazu sind die Verhältnisse zu verschieden, aus denen die beiden Diktatoren erwachsen sind. Auch die Persönlichkeiten des rücksichtsloseren und zielbewussteren Duce und des bei aller Entschlossenheit mehr sprunghaften und patriarchalisch eingestellten spanischen Diktators weisen große Verschiedenheiten auf. Trotzdem muß es auffallen, daß die Neuorientierung der spanischen Politik in einem Augenblick einsetzt, in dem mit der gesetzlichen Verabschiedung des Parlamentarismus und der Selbstverwaltung der Faschismus durch die verfassungsmäßige Legalisierung seines Systems die höchsten Triumphe feiert. Diese Tatsache zeigt gerade, daß die Entwicklung unter den beiden Diktatoren grundverschiedene Wege gegangen ist. Von Anfang an hat sich Mussolini auf eine eigene, ständig wachsende und entschlossene Volksherrschaft stützen können, er konnte mit Hilfe seiner ihm ergebenen Miliz auf das Meer und alle nicht von ihm allein abhängigen Kräfte verzichten. Vor allen Dingen aber hat es Mussolini verstanden, seine von unten her erwachsene und durch einen starken Nationalismus gestützte Bewegung immer mit einem Schein äußerer Rechtsformen verfassungsmäßig zu verankern. Alle diese Momente fehlen in der spanischen Diktatur, die in dem völligen Verfall eines unsfähigen, verrotteten und formulierten parlamentarischen Systems zwar einen geeigneten Boden fand, die aber doch eine Bewegung von oben her war und der die gesamte Bevölkerung gleichgültig gegenüberstand. Dazu kommt die schwersten Belastungsproben für das spanische Direktorium durch die wechselvollen Ereignisse in Marokko, die einerseits den fast alleinigen Träger der spanischen Politik Primo de Rivera mehr und mehr von der Betätigung im Innern abhielten. Andererseits aber forderten sie von der Stütze des ganzen Systems, dem Heere, zunächst mit der Freigabe des marokkanischen Protektorats und dann mit der plötzlichen Wiederaufnahme des Kampfes an der Seite Frankreichs zu rasche Umstellungen, als daß sie nicht zu starken Gegenständen hätten führen müssen. Konnte doch die neue Offensive selbst von dem Direktorium der Generale nur mit fünf gegen vier Stimmen beschlossen werden. Man es sein, daß Primo de Rivera von vornherein nicht derart hochfliegende Pläne hatte wie Mussolini. Das Ziel dieses von der Pike auf gedienten pflichtbewussten Soldaten war die Säuberung des Staates und der Verwaltung von allen unlauteren und egoistischen Elementen, die ihn überwuchert hatten, und wenn er so oft betonte, daß seine Regierung nur so lange dauern sollte, bis dieses Ziel erreicht, bis eine gesunde Fortentwicklung des Staates gesichert sei, so brauchte man seiner ganzen Persönlichkeit nach nicht daran zu zweifeln. Trotzdem ist der Rücktritt des Direktoriums der Generale in diesem Augenblick — und das ist das Bedeutsame — kein Akt der Freiwilligkeit. Er ist erfolgt, weil Primo de Rivera des Heeres und besonders des Offizierskorps nicht mehr ganz sicher war, obwohl es ihm gelungen war, die Hauptschuldigen des kürzlich aufgedeckten militärischen Komplotts, den ihm persönlich sehr nahestehenden General Ochoa und Oberst Garcia zu verhaften und eine Bewegung in dem allzeit unruhigen Katalonien niederzuschlagen.

Daß die Entwicklung in Marokko und die schwere Belastung der spanischen Finanzen durch die verlustreichen Aktionen den Hintergrund für die Erschütterung schufen, kann nicht zweifelhaft sein, da im übrigen alle die Aufgaben, die sich der General stellte, als er am 13. September 1923 im Schnellzug von Barcelona nach Madrid fuhr und dort mit einigen Generalgouverneuren die neue „provisorische Regierung“ proklamierte, mit bestem Erfolge durchgeführt werden konnten. Niemand konnte die Berechtigung der Äußerungen Primo de Riveras bestreiten, wenn er seinen Krüftern überhastigt antwortete: „Was wollt ihr denn? Alle Welt ist zufrieden, die Geschäfte gehen gut, die Ernte so gut ausgefallen ist.“ In der Tat, was das Generaldirektorium in diesem durch ein verrottetes Parteiwesen heruntergekommenen Lande geleistet hat, ist höchster Ehre wert. Der schwerfällige Verwaltungsapparat wurde von Grund auf reformiert, die Dezentralisierung und Selbstverwaltung der Gemeinden erweitert, das Kalkulationswesen, die Herrschaft der für jeden Mann föhlichen Diktatorgewalt, die die Wahlen „machen“, beseitigt. Umfassende Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete liehen die Wirtschaft emporblühen, während eine weltanschauliche Bodenkultur dafür